

Wümmezeitung 25.06.2026

Von Johannes Kessels

Auszug Bürgerversammlung Waakhausen

Wie nicht anders zu erwarten, ging es auch bei der diesjährigen Bürgerversammlung von Waakhausen, zu der gut 20 Interessenten in die Worpsweder Ratsdiele gekommen waren, wieder um den Schießstand. Dabei zeigte sich, dass die Waakhauser Bürgerinitiative gegen den Schießstand teilweise besser informiert ist als die Gemeindeverwaltung.

Der Worpsweder Bürgermeister Stefan Schwenke, der zusammen mit dem Waakhauser Ortsvorsteher Wolfgang Wedelich die Versammlung leitete, berichtete, dass die Eigentümer des Schießstands beim Landkreis ein Zielabweichungsverfahren beantragen wollen. Damit soll erreicht werden, dass von den Zielen, die im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises für den Schießstand formuliert werden, abgewichen werden kann. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass die Gemeinde ihren Flächennutzungsplan für den Schießstand ändern kann. Das Planungsbüro, das die Schießstand-Eigentümer beauftragt haben, werde den Zielabweichungsantrag jetzt "finalisieren" und ihn in den nächsten Monaten beim Landkreis stellen.

Andreas Oeller von der Bürgerinitiative berichtete, dass das Verwaltungsgericht Ende April in einem Verfahren dem Landkreis Osterholz darin recht gegeben hat, dass der Schießstand dringend saniert werden muss. Das habe der Landkreis ihm bisher nicht mitgeteilt, erklärte der Worpsweder Bürgermeister. Andreas Oeller wusste ferner, dass die Schießstand-Eigentümer in die nächste Instanz gehen wollen. Ob die Gemeinde mit ihnen gesprochen habe, wollte er wissen. Das habe er getan, sagte Stefan Schwenke. "Wir sind aber nicht weitergekommen." Er habe keine Antwort erhalten, wie die Eigentümer sich eine Sanierung vorstellten. Wolfgang Wedelich ergänzte, dass die Eigentümer erklärt hätten, sie würden sich nur noch über ihre Anwälte äußern. Andreas Oeller bezeichnete den Schießstand als den größten Umweltskandal im Landkreis Osterholz, und eine andere Teilnehmerin beklagte, dass die Waakhauser von der Gemeinde nicht ausreichend informiert würden.